

twimc

Pressemitteilung vom 11.12.2023: Aktuelles Fallbeispiel Hammersbach – warum die so wichtigen Bodenschutzziele noch immer nicht erreicht werden

Bereits 2002 hat die Bundesregierung die Wichtigkeit wirksamen Bodenschutzes erkannt. Und folgerichtig beschlossen, die Neuversiegelung auf ‚netto Null‘ herunterzufahren. Als Zwischenziel für 2020 wurden 30 ha/Tag als maximale Neuversiegelungsquote festgesetzt. Leider ist die Realität eine andere: Noch immer wird in Deutschland tagtäglich fast das Doppelte an Boden ‚verbraucht‘. **Ein aktuelles Beispiel aus dem hessischen Hammersbach wirft ein Schlaglicht auf die Gründe.**

Das Interkommunale Gewerbegebiet Limes teilen sich die Gemeinden Büdingen, Limeshain und Hammersbach. Auf eigentlich geschützten, wertvollen Ackerböden wurde dort zunächst ein 24 ha großes gemischtes Gewerbegebiet mit etwa 20% Logistik-Sonderfläche geplant. In den Händen des ohne Ausschreibung exklusiv zum Zug gekommenen Investors Dietz AG wurde daraus der Plan für einen bis zu 50 ha großen ‚Logistikpark Frankfurt Nord-Ost‘ mit für die ländliche Region heillos überdimensionierten 200.000 qm Hallenfläche. Die undurchsichtigen Umstände beschäftigen seit Jahren die Gerichte; eine lange Reihe bemerkenswerter Fehlleistungen und Skandale des Zweckverbandsvorstandes hält die Region in Atem.

Vor den letzten Wahlen schöpften die geplagten Bewohner der benachbarten Dörfer Hoffnung, als eine breit aufgestellte Koalition der Logistik-Kritiker eine Kompromisslösung vorlegte: Statt einer Erweiterung von 24 auf 50 ha durch eine West- und eine Osterweiterung sollte die Osterweiterung entfallen und im Bereich der Westerweiterung statt weiterer gigantischer Logistikhallen kleinteiliges Gewerbe angesiedelt werden.

Zusätzlich optimistisch stimmte die betroffenen Bürger ein Eilurteil des höchsten hessischen Verwaltungsgerichtes, das aufgrund verschiedener Fehler die gesamte Planung in Frage stellte. Das erwartete Urteil im Hauptverfahren könnte Grundlage für eine Rückbauverfügung der zwischenzeitlich unter seltsamen Umständen durchgesetzten Bau einer dritten Riesenhalle der Dietz AG werden. Dietz hatte deren Bau trotz unklarer Rechtslage auf eigenes Risiko vorangetrieben – ähnlich wie etwa sein österreichischer Kollege René Benko (Signa) das beim Hamburger Elbtower tat.

Nun aber hat der hessische Logistik-Lobbyist und CDU-MdL Heiko Kasseckert mit dem Segen der Hammersbacher Schwarz-Grünen Koalition einen Weg erdacht, dem Investor unter seinem SPD-Cheflobbyisten Lothar Klemm noch vor einem Urteilsspruch zu einer Bestandsgarantie und weiteren Baugenehmigungen zu verhelfen. Wird der Plan umgesetzt, würden wohl weitere etwa zehn Hektar wertvollen Wetterauer Lössbodens betoniert – und ein katastrophales Signal in die Bevölkerung gesendet. Tenor: Wenn genug Geld zu verdienen ist, spielen Integrität, Klimaschutz, Lebensqualität und die Ernährungsgrundlage der Menschen am Ende leider doch keine Rolle.

Der Hintergrund:

Bei großflächigen Bauprojekten geht es immer um sehr viel Geld: Hohe Kosten und Risiken stehen enormen Gewinnchancen gegenüber. Natürlich wollen beteiligte Investoren ihre Risiken klein halten und Gewinnchancen maximieren. Hier liegt meist des Pudels Kern – auch im Fall der Bensheimer Dietz AG, die mit der Entwicklung riesiger, hoch problematischer Logistikhallen Millionen verdient. >

Damit das möglichst reibungslos geht, hat Dietz den früheren hessischen SPD-Landesminister Lothar Klemm als Aufsichtsratschef angeheuert, der Stimmung bei seinen Parteifreunden in den ländlichen Rathäusern macht. Das hat auch im aktuellen Fall geklappt: Dietz bekam den Zuschlag zum absoluten Freundschaftspreis, fast ohne Auflagen und vor allem ohne Ausschreibung.

Die Planungshoheit für Neubaugebiete liegt in Deutschland bei den Kommunen. Und nicht alle Rathäuser können es sich leisten, für diese hoch komplexe Aufgabe teure Profis zu beschäftigen. Anders die Seite der Investoren: Tritt ein finanziell bestens aufgestellter, politisch hervorragend vernetzter Investor an, um ein millionenschweres Projekt im ländlichen Raum durchzusetzen, haben es die Interessen der BürgerInnen vor Ort, das Klima und der Naturschutz folglich schwer. Denn während der Investor mit einer Schar hoch spezialisierter Juristen und prall gefüllter Kriegskasse antritt, sitzen auf der anderen Seite des Verhandlungstisches oft Kommunalpolitiker aus allen möglichen Berufen, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Leidtragenden dieses Ungleichgewichtes sind allzu oft die Natur, die Menschen vor Ort und das Vertrauen in die Verlässlichkeit ihrer gewählten Vertreter – besonders dann, wenn das Lobbying des Investors allzu erfolgreich scheint.

Längst haben Architektenverbände, Stadtplaner und viele andere Fachleute erkannt, dass die Zukunft dem nachhaltigeren Bauen gehören muss: Brachlandnutzung („Brownfields“), Umnutzung, Aufstockung und ähnliche Strategien versprechen Abhilfe – und anders sind die verpflichtenden Klimaziele des Bausektors auch nicht zu erreichen.

Naturbelassene oder extensiv landwirtschaftlich genutzte Böden erfüllen wichtige Funktionen, etwa durch hoch wirksame Verdunstungskühlung. Als CO₂-Speicher sind solche Böden sogar noch wirksamer als Wälder. Wird der natürliche Bodenaufbau aber im Rahmen von Baumaßnahmen gestört und die Oberfläche überbaut, ist seine Funktion für Generationen zerstört – selbst dann, wenn die Fläche später wieder entsiegelt würde. Denn das biologische Gleichgewicht jener Milliarden von Kleinstlebewesen, die jeden Kubikmeter natürlichen Bodens besiedeln, ist empfindlich.

Leidtragende sind Artenvielfalt, Klima und Grundwasser – und nicht zuletzt auch die öffentlichen Haushalte, wie u.a. der Ökonom Dr. Thilo Sekol in seinem Buch „Der Flächenwahnsinn“ vorrechnet.

Unsere Forderung: Die Nutzung leer stehender Gebäude und brach liegender Flächen muss konsequenten Vorrang vor Neuversiegelung landwirtschaftlich genutzter oder naturnaher Flächen haben. Wir bekräftigen: Klimaschutz beginnt und endet beim – meist unterschätzten – Thema Boden!

Als Bundesbündnis Bodenschutz e.V. haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Interessen jener Ressource zu vertreten, die uns alle ernährt, unmittelbar ganz erheblich auf das Klima wirkt – und die wir dennoch Tag für Tag in enormem Ausmaß zerstören. Unsere Mitglieder und Verbündeten sind Umwelt- und Naturschutz- sowie Bauernverbände, Kirchen, Bürgerinitiativen und Privatpersonen.